

from leukaemia and lymphoma in radiation-monitored workers (INWORKS): an international cohort study. The Lancet Haematology. Online-Veröffentlichung 21. 6. 2015

4. Zablotska et al. (2012): Radiation and the Risk of Chronic Lymphocytic and Other Leukemias among Chornobyl Clean-up Workers. Environmental Health Perspectives.

<http://dx.doi.org/10.1289/ehp.1204996>

5. Kendall, G. M. et al. (2012): A record-based case-control study of natural background radiation and the incidence of childhood leukemia and other cancers in Great Britain during 1980 – 2006. Leukemia (5 June 2012) doi: 10.1038/leu.2012.151

6. <http://www.ianfairlie.org/news/a-100-msv-threshold-for-radiation-effects/>

Inge Schmitz-Feuerhake: Der lange Abschied von der unschädlichen Dosischwelle. Anerkannte Strahleneffekte im Niederdosisbereich und ausstehende Korrekturen, Strahlentelex 602-603 v. 2.2.2012, S. 4-10,

[http://www.strahlentelex.de/Stx\\_12\\_602\\_S04-10.pdf](http://www.strahlentelex.de/Stx_12_602_S04-10.pdf) (dt.)

[http://www.strahlentelex.de/The\\_100\\_Millisievert\\_Threshold\\_Lie\\_Statement\\_German\\_GSS.pdf](http://www.strahlentelex.de/The_100_Millisievert_Threshold_Lie_Statement_German_GSS.pdf) (engl.)

<http://www.strahlentelex.de/100msv-ThresholdLie.pdf> (jap.)

7. Brenner, David J et al: Cancer risks attributable to low doses of ionizing radiation: Assessing what we really know. PNAS, vol. 100, no. 24, pp 13761-66.

[www.pnas.org/cgi/doi/10.1073/pnas.2235592100](http://www.pnas.org/cgi/doi/10.1073/pnas.2235592100)

## Atom Müll

# Wächterrolle oder Beschwerdestelle

## Parteienvorstoß in Sachen Endlagersuche

Was passiert, wenn die Endlagerkommission ihre Empfehlungen dem Bundestag vorgelegt hat und allein wieder die politischen Parteien am Drücker sind? Diese Frage hatte die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. (BI) bereits auf ihrer Fachtagung zur Endlagersuche

Ende Januar 2016 aufgeworfen. Inzwischen hat die Politik reagiert: Die vier zuständigen Berichterstatter Steffen Kanitz (CDU), Matthias Miersch (SPD), Sylvia Kotting-Uhl (Grüne) und Hubertus Zdebel (Linke) setzen sich für ein gesellschaftliches Begleitgremium ein, damit zwischen Abgabe der Kommissions-Empfehlungen bis zur möglichen Auswahl obertätig zu erkundender Regionen kein „schwarzes Loch“ entstehe.

Für die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. (BI) ist das ein Schritt in die richtige Richtung. Aber der vorgelegte Gesetzentwurf werfe doch eine Reihe grundsätzlicher Fragen auf.

Das Gremium soll aus neun Mitgliedern bestehen, die vom Bundestagspräsidenten berufen werden. Drei sollen vom Bundestag, drei vom Bundesrat vorgeschlagen werden. Es sollen Personen sein, die „gesellschaftlich hohes Ansehen genießen“. Daneben sollen zwei Bürger oder Bürgerinnen nach dem Zufallsprinzip ausgewählt werden. Und ein Vertreter oder eine Vertreterin der jungen Generation soll durch „ein Bewerbungs- und anschließendes Losverfahren“ bestimmt werden.

„Der Gesetzentwurf ist mit heißer Nadel gestrickt worden. Man muss schon mit dem Thema vertraut sein, um auf Augenhöhe mitdiskutieren und intervenieren zu können. Der Zufallsgenerator bei der Personenauswahl ist absurd. Viel unklarer aber ist, welche Rechte dieses nationale Begleitgremium hat. Wenn es eine bloße Beschwerdestelle ist, ohne die Möglichkeit, tatsächlich Einfluss auf das Verfahren zu nehmen, dann ist das für die Katz“, so BI-Sprecher Wolfgang Ehmke.

Eine offene gesellschaftliche Debatte, wie mit den nuklearen Hinterlassenschaften des Atomzeitalters umgegangen wird, könne ein solches Be-

gleitgremium nicht ersetzen. Die BI: „Wenn erst 2022 das letzte Atomkraftwerk vom Netz gehen soll und zugleich in Lingen die Brennelementefabrik und in Gronau die Urananreicherungsanlage ohne Befristung im Betrieb bleiben, dann ist das eine schwere Hypothek.“

## „Vorsicht vor Wächtern“

Hans Peter Bull, 79, em. Professor für Öffentliches Recht an der Universität Hamburg, erster Bundesbeauftragter für den Datenschutz und von 1988 bis 1995 Innenminister von Schleswig-Holstein, warnt dagegen unter der Überschrift „Vorsicht vor Wächtern“ in der Süddeutschen Zeitung vor solch einem Gremium. [1] Die Suche nach dem Standort für ein Atommüll-Endlager sei Sache des Parlaments, nicht von Expertenräten.

Der Begriff „Wächterrat“, so Bull, tauche tatsächlich in den Papieren der Kommission auf. In Iran sei dieses Gremium die oberste Kontrollinstanz; sie soll die Herrschaft der Geistlichen über alle Staatsorgane (einschließlich des Parlaments) sichern. In unsere demokratische, gewaltenteilende Verfassung passen aber kein religiöses Wächtergremium und auch kein säkularisierter Kontrollrat. Es gebe keine reine Lehre, die auf diese Weise verteidigt werden könnte, und keine Geistlichen, die sie definieren könnten, so Bull.

Die ganze Konstruktion diene offensichtlich nur dazu, das große Bedürfnis gesellschaftlicher Gruppen, sowohl das Gesetzgebungsverfahren als auch den Aufbau behördlicher Strukturen von Anfang an zu begleiten und die Gewissheit zu haben, dass es so etwas wie ein Wächtergremium gibt. Dieses Bedürfnis sei zwar verständlich, meint Bull, aber mit der Verfassung nicht vereinbar. Die gesellschaftlichen Gruppen, das seien vor allem die Umweltverbände, aber vielleicht seien auch die Lobbyisten der Industrie mitge-

meint. Diese hätten zahlreiche Möglichkeiten, ihre Erkenntnisse, Meinungen und Forderungen einzubringen und fänden damit Beachtung. Freilich verstünden einige Verbände die Öffentlichkeitsbeteiligung so, dass nur ihre Vorstellungen umgesetzt werden. Gegenüber dem gewählten Parlament und den zuständigen Behörden zeigten einige dieser Öffentlichkeitsvertreter geradezu Verachtung, viele zumindest extremes Misstrauen.

Das werde zwar in der Begründung des Vorschlags kassiert, wenn es heiße, dass die Standortsuche „nur erfolgreich“ sein werde, „wenn ein gesellschaftlicher Konsens erreicht werden kann“. Für die „umfassende gesellschaftliche Beteiligung“ sei eine „gegenüber Behörden, Parlament und direkt beteiligten Unternehmen und Experteneinrichtungen unabhängige gesellschaftliche Instanz“ von „besonderer Bedeutung“, „die über dem Verfahren steht und sich durch Neutralität und Fachwissen auszeichnet sowie Wissens- und Vertrauenskontinuität vermittelt“.

Diese Formulierungen, so Bull, ließen aufhorchen, die Sehnsucht nach einer „über dem Verfahren stehenden“ Instanz deute auf eine innere Distanz der Autoren zur Rechts- und Verfassungsordnung unseres Staates hin. Dieser Wächterrat sei überflüssig und passe nicht in die Gewaltenteilung, wie sie die Verfassung vorsieht, schreibt Bull. Er sei als Kontrollinstanz (neben Gerichten und Rechnungshöfen) zwischen den Gewalten angesiedelt, ohne ausreichende Legitimation, ohne klar abgegrenzte Befugnisse. Man könne ihn als intervenierende oder gleich als störende Gewalt bezeichnen. Der Vorschlag beruhe auf der Illusion, dass ein Standort für ein Atommüll-Endlager nur im Einvernehmen aller Beteiligten beschlossen werden könne. Die Entscheidung könne keine „gesellschaftliche“, son-

dem nur eine staatliche Entscheidung sein, nämlich eine der verfassungsmäßigen Volksvertretung.

I. Hans Peter Bull: Vorsicht vor

Wächtern, Süddeutsche.de – politik – 19./20. April 2016, <http://www.sueddeutsche.de/politik/2.220/aussenansicht-vorsicht-vor-waechtern-1.2956090>

## Atommüll

### „Eingeladen, aber nicht gehört“

#### 70 Anti-Atom-Initiativen und Umweltverbände beteiligen sich nicht an Konsultation der Atommüll-Kommission

Die Atommüll-Kommission des Deutschen Bundestages wollte am 29./30. April 2016 bei einer sogenannten „Konsultation Endlagerbericht im Entwurf“ Teile ihres Berichtes zur öffentlichen Diskussion stellen. Doch 70 Umweltverbände und Anti-Atom-Initiativen aus der ganzen Bundesrepublik Deutschland erklärten im Vorfeld, dass sie sich an dieser Veranstaltung nicht beteiligen werden. In einer gemeinsamen Erklärung begründeten sie ihre Entscheidung. Darin heißt es unter anderem:

„Umweltgruppen und Initiativen werden nicht an einem Prozess teilnehmen, der lediglich bereits erkannte Fehler der Vergangenheit wiederholt. Als Feigenblatt für diesen Irrweg stehen wir auch weiterhin nicht zur Verfügung.“

(...) Weder die Arbeit der Kommission noch ihre Ergebnisse konnten Vertrauen schaffen - im Gegenteil:

Die Kommission ist dem im Standortauswahlgesetz formulierten Anspruch, die Fehler der Vergangenheit aufzuarbeiten, mitnichten gerecht geworden.

Die Kommission hat nicht einmal ernsthaft versucht, alternative Lageroptionen zu prüfen. Sie hat stattdessen nahtlos den auf tiefengeologische Lagerung fixierten Weg fortgesetzt, der in der Vergangenheit zu den Havarien in der Asse und Morsleben führte.

Die willkürliche politische Entscheidung für den geolo-

gisch ungeeigneten Standort Gorleben wurde nicht revidiert, sondern durch politisch motivierte Kriterien-Benennung erneut begünstigt.

Eine breite gesellschaftliche Debatte zum am wenigsten risikoreichen Umgang mit dem Atommüll hat es nie gegeben: weder vor der Verabschiedung des Gesetzes, noch während der Arbeit der Kommission.

Die Öffentlichkeit wurde in der Kommission weder frühzeitig noch angemessen beteiligt. Die „Beteiligung“ reduzierte sich auf informatorische Anhörung ohne jede Ergebniswirksamkeit.“

Jochen Stay, Sprecher der Anti-Atom-Organisation „ausgestrahlt“, erläuterte: „Alle bisherigen Veranstaltungen der Kommission haben gezeigt, dass die Öffentlichkeit zwar eingeladen, aber nicht gehört wird. Die Kommission hat bis zum gesetzlichen Ende ihrer Arbeit im Juni gar nicht mehr die Zeit, Ergebnisse dieser angeblichen Konsultation zu diskutieren und in den Bericht aufzunehmen. Wer sich aber einer echten Beteiligung verweigert, muss sich auch nicht wundern, wenn kritische Organisationen nicht mitmachen.“

Martin Donat, Vorsitzender der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, erklärte: „Ein von Teilen der Kommission erarbeitetes Papier, das schlüssig erläutert, warum der Salzstock Gorleben geologisch ungeeignet und politisch verbrannt ist und

deshalb bei der weiteren Standortsuche ausgeschlossen werden kann, wurde von der Kommissions-Webseite entfernt, obwohl dort üblicherweise alle Arbeitspapiere dokumentiert werden. Das verstärkt unsere Zweifel daran, dass diese Kommission wirklich neutral arbeitet und am Ende nicht doch alles auf Gorleben hinausläuft. Wir verlassen uns nicht auf die Kommission, sondern werden am 13. Mai in Gorleben demonstrieren, denn so wie es derzeit aussieht, setzen sich diejenigen in der Kommission durch, die weiter auf Gorleben setzen.“

Die Erklärung mit allen unterzeichnenden Organisationen ist im Internet zu finden unter [https://www.ausgestrahlt.de/media/filer\\_public/52/3e/523e7714-0e3e-41c3-bea4-859d29c84883/atommuellkommission\\_gescheiterter\\_neustart.pdf](https://www.ausgestrahlt.de/media/filer_public/52/3e/523e7714-0e3e-41c3-bea4-859d29c84883/atommuellkommission_gescheiterter_neustart.pdf)

## Atommüll

### Endlagersuche in Tschechien

Dutzenden Gemeinden hat der tschechische Staat vor kurzem ein ungewöhnliches Geschenk gemacht: einen finanziellen Beitrag in Höhe von mehreren Hunderttausend bis Millionen Kronen als Kompensation dafür, dass in ihrem Katastergbiet Untersuchungsarbeiten für den Bau eines Atommüll-Endlagers starten werden. Einige Gemeinden sind dafür dankbar, andere schickten den Beitrag dem Staat zurück oder legten ihn auf ein spezielles Konto, das sie nicht angreifen wollen. Solch ein „Geschenk“ wollen sie einfach hinter ihren Häusern nicht. Das berichtet Jakub Siska in einer Mitteilung der Bürgerinitiative Umweltschutz OIZP (<http://oizp.cz>) in Budweis (Tschechien) vom 18. April 2016.

Der radioaktive Abfall, der vor allem durch den Betrieb der Atomkraftwerke entsteht,

und die Umwelt Hunderte und Tausende Jahre lang gefährdet, wird jetzt in sogenannten Zwischenlagern gelagert, im Falle der Tschechischen Republik auf den Geländen der Atomkraftwerke Dukovany und Temelin, schreibt Jakub Siska. Dort aber dürfe der Abfall nur vorläufig gelagert werden. Der Staat will mit dem Bau eines Atommüll-Endlagers im Jahre 2050 starten, um dann 15 Jahre später dorthin den ersten Atomabfall zu transportieren. Obwohl uns das als eine lange Zeit erscheinen könnte, sei es notwendig, schon jetzt den geeigneten Ort zu suchen.

Das geschieht zum Beispiel in Hradek im Kreis Vysocina, in dem sich auch die meisten anderen zu untersuchenden Orte befinden. Hier wird mit einem oberirdisch beanspruchten Areal von 23 Hektar Fläche gerechnet. Der untere Teil in einer Tiefe von 500 Metern soll eine Fläche von 440 Hektar einnehmen, was etwa 770 Fußballplätzen entspricht. Es wird auch mit einer Einrichtung zum Umladen des Materials in neue Behälter gerechnet. Insgesamt sollen während des Baues des Atommüll-Endlagers und des dazu gehörigen Areals mehr als 2 Millionen Kubikmeter Gestein abgebaut werden, was dem Inhalt des größten Baues der Welt entspricht, nämlich der Cheops-Pyramide, schreibt Siska. Der Ort müsse viele Kriterien erfüllen: das Gestein dürfe nicht mit Rissen beschädigt werden, müsse ausreichend stabil sein und es müsse ein Eindringen des Grundwassers ins Atommüll-Endlager verhindert werden.

Es ist offenbar, dass der ausgewählte Ort für „ewige Zeit“ durch den Bau betroffen sein wird, erklärt Siska. Die Bewohner erlebten es schon jetzt: die Immobilienpreise sinken, das Interesse an Neubau und Investitionen sei praktisch auf Null gefallen. Eine große Gefährdung stelle der Verlust des Grundwassers